



Antrag

der Fraktionen von SSW, SPD, CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP

Klimageld jetzt einführen – Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Balance bei steigenden CO₂-Preisen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung überwiegend als Klimageld an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden und flankierend durch weitere Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Energiekosten ergänzt werden.

Begründung:

Die CO₂-Bepreisung ist ein zentrales Instrument der Klimapolitik. Sie führt jedoch zu steigenden Kosten für Energie, Mobilität und Wohnen. Diese Belastungen treffen insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Menschen im ländlichen Raum überdurchschnittlich stark.

Ein sozialer Ausgleich dieser Mehrbelastungen ist bislang nicht erfolgt. Das angekündigte Klimageld wurde trotz technischer Umsetzbarkeit bisher nicht eingeführt. Dadurch droht ein Akzeptanzverlust für klimapolitische Maßnahmen.

Die CO₂-Bepreisung entfaltet aber nur dann ihre klimapolitische Wirkung, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist. Ohne sozialen Ausgleich wirkt sie regressiv und belastet diejenigen besonders stark, die ohnehin einen großen Teil ihres Einkommens für Energie und Mobilität aufwenden müssen.

Das Klimageld ist das geeignete Instrument, um ökologische Lenkungswirkung und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Es sorgt dafür, dass klimafreundliches Verhalten belohnt und soziale Härten vermieden werden.

Angesichts steigender CO₂-Preise ist die Einführung eines Klimageldes nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern sozialpolitisch geboten.

Christian Dirschauer
und Fraktion

Marc Timmer
und Fraktion

Rixa Kleinschmit
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion